Politische Uebersicht

Fühlung zwischen Bundesrat und Reichstag.

Es liegt gegenwärtig so im Zuge der Zeit, auf den Reichstag alle Schuld abzuladen, sofern jemandem die augenblickliche politische Situation im Reiche nicht gefällt. Das Wort von „diesem Reichstag" ist ja auch in den rechtsstehenden Kreisen bereits zum geflügelten geworden, womit natürlich gesagt sein soll, daß „dieser" Reichstag, in dem Konservative und Zentrum aus eigener Kraft nichts mehr vermögen, überhaupt zu nichts taugen soll. Die reaktionäre Presse hat in letzter Zeit besonders die ungünstige Geschäftslage im Reichsparlament zum Anlaß genommen, ihre Polemik im angegebenen Sinne zu üben. Wie unberechtigt jedoch die erhobenen Vorwürfe sind, mag allein schon daraus hervorgehen, daß die Dinge im Preußischen Abgeordnetenhause um kein Haar anders liegen. Auch dieses Parlament, in dem die Rechte und das Zentrum dominieren, wird zu Pfingsten auseinandergehen, ohne von seinem Arbeitspensum Nennenswertes aufgearbeitet zu haben. Reichstag und Abgeordnetenhaus begegnen sich auch darin, daß in keinem von beiden der Etat rechtzeitig fertig wird. Woraus der objektive Beobachter schließen muß, daß keineswegs diese oder jene Parteien an der mißlichen Lage schuld sind, sondern, daß stärkere allgemeine Verhältnisse die Mißstände bedingen.

In einem lesenswerten Aufsatz im „Tag" geht der nationalliberale Reichstagsabg. Dr. van Calker der Ursache der bedrängten Geschäftslage im Reichstag nach. Herr van Calker hebt zunächst hervor, daß das Urteil, als ob der Reichstag nichts leiste, obwohl es, äußerlich betrachtet, als gerechtfertigt erscheinen könnte, ganz und gar nicht zutreffe. Er verweist zur Begründung auf die große und bedeutsame Arbeit, die im Laufe der verflossenen Wintermonate in den verschiedenen Kommissionen geleistet worden ist. Die Schuld, daß von der vorliegenden Arbeit zu wenig wirklich erledigt wird, liegt aber seiner Ansicht nach darin, daß über manche Materien Gesetzentwürfe vorgelegt werden, über die die in Betracht kommenden Interessenten sich noch gar nicht oder doch nur unvollkommen geäußert haben, die — mit einem Wort — zur gesetzgeberischen Lösung noch nicht reif sind. Auf das Vorbereitungsstadium einer Gesetzesvorlage will also Herr van Calker mehr Wert gelegt wissen. Damit würde die Beratung des Reichstags selbst entlastet werden. Von selbst würde sich hieraus die zweite Forderung van Callers ergeben, nämlich eine größere Zurückhaltung auf seiten des Bundesrats mit dem Einbringen von Gesetzentwürfen. Der Verfasser weiß sehr wohl, daß der Reichstag hieran ein gutes Teil Schuld selbst trägt, da er in seinen Resolutionen oft gar zu leichthin und zu stürmisch ein gesetzgeberisches Eingreifen fordert, andernteils ist es aber auch sicher, daß, wie die gegenwärtige Tagung zeigt, die Regierung nicht das richtige Maß einhält. Es fehlt eben, wie kürzlich auch schon der Abg. Bassermann festgestellt hat, an der richtigen Fühlung zwischen Bundesrat und Reichstag. Man wird Herrn van Calker allerseits nur zustimmen, wenn er demgegenüber sagt:

„Es muß im Bundesrat und Reichstag mit neuer Wärme das Gefühl einziehen, daß es sich bei den Aufgaben der Gesetzgebung um eine gemeinsame Sache handelt und um eine gemeinsame Arbeit! Wirken die beiden Faktoren der Gesetzgebung ohne ständige und sichere Fühlung nur nebeneinander, wenn nicht gar gegeneinander, dann bleibt bei beiden nur der Wunsch bestehen, das Allernotwendigste möglichst schnell abzuarbeiten. Nur aus dem Bewußtsein intensivsten Zusammenwirkens entsprießt Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung für die wundervolle Aufgabe, die einem jeden obliegt, dem es vergönnt ist, an der Gesetzgebung für sein Volk und seine Zeit mitwirken zu können!"

Es wird Aufgabe der beiden Faktoren sein, alsbald die Probe aufs Exempel zu machen. Eine gegenseitige Verständigung über das, was noch verabschiedet werden soll, tut gerade jetzt dringend not. Bei auch nur etwas gutem Willen auf beiden Seiten wird es sicher gelingen, neben dem Etat noch eine ganze Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen zu verabschieden, ohne daß man sich irgendwie zu überhasten braucht. Dann wird sich zeigen, daß es gar nicht so schwer ist, den gegen den Reichstag erhobenen Vorwürfen auch den letzten Schein einer Berechtigung zu nehmen. Daran müssen auch die verbündeten Regierungen ein Interesse haben.

Abflauen der Maul- und Klauenseuche und Anwachsen der Schweinepest.

Der soeben erschienene neue amtliche Nachweis über den Stand der Maul- und Klauenseuche im Deutschen Reich zeigt, daß ein wesentlicher Rückgang in der Zahl der verseuchten Gehöfte zu verzeichnen ist. Am 31. März waren noch 427 Gehöfte verseucht, während jetzt nur 290 als von der Seuche betroffen gemeldet werden. Die Zahl der Kreise hat sich von 71 auf 68, die der Gemeinden von 189 auf 182 vermindert. Während am 15. März noch 202 Gehöfte als neu verseucht gemeldet wurden, ist dies nur bei 109 nach dem letzten Nachweis zu verzeichnen. In Preußen sind der Stadtkreis Berlin sowie der Bezirk Kassel wieder seuchenfrei. In den Bezirken Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Marienwerder und Oppeln ist eine kleine Zunahme, in den Bezirken Danzig und Frankfurt eine Abnahme zu verzeichnen. Ebenso ganz bedeutend in den Bezirken Posen, Breslau (nur noch 10 Gehöfte verseucht) sowie Münster. Besonders erfreulich ist, daß in Elsaß-Lothringen eine ganz erhebliche Abnahme der Seuche von 72 Gehöften auf 25 festzustellen ist. Auch in Baden hat sich die Zahl der verseuchten Gehöfte um etwa zwei Drittel vermindert. Bayern ist nur noch mit 1 Gehöft in der Pfalz verseucht, und alle übrigen Bundesstaaten sind mit Ausnahme von Sachsen und Württemberg (je 3 Gehöfte) sowie Mecklenburg-Schwerin und Anhalt (1 bzw. 2 Gehöfte) seuchenfrei. Während die Maul- und Klauenseuche erfreulicherweise also abzunehmen scheint, dringt die Schweineseuche oder Schweinepest trotz aller behördlichen Vorsichtsmaßregeln immer mehr vor. Am 15. März waren 2607 Gehöfte im Deutschen Reich von dieser Seuche betroffen und am 15. April stieg die Zahl auf 2887, wobei 957 Gehöfte als neu verseucht gemeldet wurden. Die Zahl der von der Seuche betroffenen Kreise und Gemeinden hat sich von der vorletzten Zählung von 1969 bzw. 491 auf 2077 bzw. 518 vermehrt. Gegenwärtig ist kein Bezirk in Preußen seuchenfrei, und ganz besonders stark ist die Vermehrung der Seuchenbestände im Bezirk Breslau, wo 90 Gemeinden und 139 Gehöfte neu betroffen wurden, sowie im Bezirk Frankfurt (neu 36 Gemeinden und 71 Gehöfte). Weiter ist ganz Bayern mit Ausnahme von Oberfranken verseucht, sowie alle Bezirke der übrigen Bundesstaaten mit Ausnahme von Konstanz (Baden), Birkenfeld (Oldenburg), Koburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, die beiden Reuß und Lübeck.

„Gestohlene" Torpedoboote?

Eine seltsame Nachricht, die beinahe wie eine in Hundstagshitze ausgebrütete Ente anmutet, kommt aus Toulon:

Zwei als Zielscheiben benutzte ausgemusterte Torpedoboote sind plötzlich spurlos verschwunden. Das eine davon war bei Manövern gesunken, die darauf abgebrochen wurden. Bei der Rückkehr der Schiffe blieb das andere zurück. Als man nach ihm suchte, stellte sich heraus, daß anscheinend Diebe das gesunkene Boot mit der staatlichen Hebemaschine gehoben und dann mit dem anderen Torpedoboot davongedampft waren.

Wenn derartiges aus Rußland gemeldet würde, dann wäre das Erstaunen vielleicht nicht so allgemein, weil dort immer einmal Gegenstände auch von beträchtlichem Umfange abhanden kommen, ohne daß man später ihren Verbleib ausfindig machen kann. Daß aber auch der treue Verbündete im Westen russische Gepflogenheiten so prompt übernimmt, entbehrt nicht eines gewissen Reizes. Das französische Marineministerium erklärt übrigens, man habe in Paris über diese sonderbare Angelegenheit vom Touloner Seepräfekten noch keine Meldung erhalten. Wir sind gespannt, was schließlich offiziell über den Vorfall mitgeteilt wird.

Deutsches Reich.

* **Aus dem 10. Reichstagswahlkreise** wird uns geschrieben: Im Nationalliberalen Verein für Leisnig und Umgebung hielt am Donnerstag vor einer zahlreichen Zuhörerschar Abg. Nitzschke-Leutzsch einen Vortrag über die politische Lage. Auf eine Anfrage aus der Versammlung, wie er sich das auffallende Wahlresultat in Borna-Pegau erkläre, kam er noch einmal auf den Wahlkampf zurück. Er führte aus: Die konservative Partei habe in Borna-Pegau den Wahlkampf auf ein Niveau gebracht, wie es nicht tiefer gedacht werden könne. Die Leute vom Lande seien verpflichtet worden, nicht in die nationalliberalen Versammlungen zu gehen. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sei schließlich ein Reichsverband gegen die nationalliberale Partei gewesen. Von den Nationalliberalen sei der Kampf in vornehmer und sachlicher Weise geführt worden. — Der Vortragsabend gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung für den nationalen und liberalen Gedanken. In jeder der zuletzt abgehaltenen Versammlungen konnte der Verein zu Leisnig einen verhältnismäßig starken Mitgliederzuwachs buchen, auch diesmal wieder, vor allem dank der begeisternden Ausführungen des Abg. Nitzschke. Interessant war auch das, was der Redner über die am Mittwoch in Dresden abgehaltenen Zentrumsversammlung sagte. Auf welcher Stufe sich diese Veranstaltung befunden habe, zeige am besten der Ausspruch eines bayrischen Priesters, der den Liberalismus als „Simplizissimuskultur der Neu-Heiden" bezeichnete. In der Aussprache lenkte Parteisekretär Hilmer die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf die nationalliberale Presse, betonte den Nutzen der Organisation und schilderte dann die Schwierigkeiten der Nationalliberalen im Wahlkampfe Stendal-Osterburg. Der Vorsitzende, Fabrikant O. Witte, schloß die gut verlaufene Versammlung mit einem Kaiser- und Königshoch.

*

* **Der Kaiser in Korfu.** Der Kaiser hörte am Freitagvormittag die Vorträge der drei Kabinettschefs und des Gesandten von Treutler. Zur Mittagstafel waren der König und die Königin der Hellenen sowie Prinzessin Helene von Griechenland geladen.

* **Besuch Kaiser Wilhelms in Athen?** Wie dem „Berl. Lok.-Anz." aus Athen gemeldet wird, wird in den dortigen unterrichteten Kreisen angenommen, daß Kaiser Wilhelm zur Silbernen Hochzeit des griechischen Königspaares nach Athen kommen werde. Ob mit den großen Feierlichkeiten im Oktober die Krönung König Konstantins verbunden wird, oder ob der König von jeglicher Formalität absieht, ist nach derselben Quelle noch nicht zu erfahren.

* **Prinz und Prinzessin August Wilhelm,** die incognito dem König und der Königin von Bayern in München einen Besuch abgestattet hatten, sind am Freitagvormittag nach Berlin abgereist.

* **Fürst Wedel** wird in einem ihm von der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung gestellten Salonwagen am 25. April Straßburg verlassen und nach Berlin fahren. Im gleichen Wagen reist dann der neue Statthalter von Dallwitz am 27. April von Berlin nach Straßburg.

* **Exzellenz Dr. v. Koerner,** der von 1899 bis 1914 die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes geleitet hat, ist von dem Deutsch-Russischen Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, E. V., der in 60 Handelskammern und 35 großen, freien Verbänden sowie über 700 eingetragenen ersten Firmen den gesamten Kreis der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland vertritt, zum Ehrenmitgliede ernannt worden und hat die Ernennung angenommen. Dr. v. Koerner hat sich um die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland große Verdienste erworben, insbesondere auch bei der Vorbereitung und dem Abschluß des seit 1906 bestehenden deutsch-russischen Handelsvertrages.

* **Gegen die Zentrumsangriffe,** die am Mittwoch in Dresden in einer ultramontanen Versammlung gegen die Nationalliberalen gerichtet, soll von nationalliberaler Seite am nächsten Mittwoch ebenfalls in Dresden eine Abwehrversammlung veranstaltet werden. Voraussichtlich werden in ihr die Abgeordneten Dr. Kaiser, Nitzschke und Dr. Zöphel sprechen, die in der Zentrumsversammlung am vorigen Mittwoch wegen Beschränkung der Redezeit aufs Wort verzichtet hatten.

* **In den Zentralvorstand des Evangelischen Bundes** wurden anläßlich der Berliner Ostertagung wiedergewählt die satzungsgemäß ausscheidenden Mitglieder: Professor Dr. Burchard-Posen, Geheimer Justizrat, Rechtsanwalt und Notar Elze-Halle (Saale), Geheimer Konsistorialrat Professor D. Mirbt-Marburg, Wirklicher Geheimer Rat Exzellenz Graf von Moltke-Berlin, Hauptpastor D. Dr. Rode-Hamburg. Durch Zuwahl ist in den Zentralvorstand neu eingetreten der frühere sächsische Bevollmächtigte zum Bundesrat Exzellenz Dr. Fischer.

Ausland.

Frankreich.

* **Der sozialistisch-klerikale Wahlakt.** Aus Paris, 24. April, wird gemeldet: Das sonderbare Bündnis zwischen Sozialisten und Klerikalen, das in verschiedenen Departements abgeschlossen wurde, ist auch in St. Etienne gegen Aristide Briand in Tätigkeit getreten, dessen Bewerbung von dem Sozialisten Ferdinand Faure und dem Klerikalen Prenat, der bereits 1902 sein Gegner war, bekämpft wird. Es fällt auf, daß Prenot und Ferdinand Faure überall Hand in Hand gehen, und daß den Wählern mitgeteilt wird, in dem Falle, daß ein zweiter Wahlgang nötig werden sollte, werde derjenige dieser beiden Bewerber, der mehr Stimmen erhalten haben würde, zugunsten des anderdn zurücktreten.

* **Eine Unterredung des englischen Königs mit dem deutschen Botschafter.** Wie aus Paris, 24 April gemeldet wird, hatte der König von England gestern nach dem Diner im Ministerium des Aeußern eine vielbemerkte lange Unterredung mit dem deutschen Botschafter Freihrn. von Schoen. Beide Majestäten nahmen übrigens während ihres hiesigen Aufenthalts wiederholt Veranlassung, in Gesprächen mit Freihrn. von Schoen in den freundschaftlichsten Worten ihres letzten Besuches in Berlin zu gedenken.

* **Die Rückreise des englischen Königspaares.** Aus Calais, 24. April wird gedrahtet: Der König und die Königin von England sind gegen 3 Uhr hier eingetroffen. Sie schifften sich sofort unter dem Salut der englischen und französischen Kriegsschiffe ein und fuhren um 3 Uhr 12 Min. ab.

Luxemburg.

* **Bischof Koppes verurteilt.** Aus Luxemburg, 24. April, wird gemeldet. In der Beleidigungsklage von Abgeordneten der Linken gegen den Bischof Koppes-Luxemburg wegen seiner Rede auf dem letzten Katholikentag in Metz wurde heute das Urteil verkündet. 200 Franken Geldbuße und 200 Franken Schadenersatz wurden jedem der 21 Zivilkläger zugebilligt und die Veröffentlichung des Urteils in je drei inländischen und ausländischen Zeitungen verfügt. In der Begründung heißt es, in der Rede seien alle Merkmale der Verleumdung gegeben, entsprechend auch § 186 des Deutschen Reichsstrafgesetzbuches. Die Kläger hatten je 5000 Franken Geldbuße verlangt. Der Bischof hat Berufung eingelegt.

England.

* **Englische Freiwillige für Ulster.** Aus London 24. April, meldet ein Drahtbericht: Das Soldatenspiel der Ulsterrebellen hat jetzt in England selbst Nachahmung gefunden. In aller Stille werden überall im Lande Gruppen von Männern militärisch gedrillt, die nicht im geringsten verhehlen, daß sie beschlossen haben, den Ulsterleuten, falls diese in äußerste Bedrängnis geraten, zu Hilfe zu kommen. Die Zahl dieser englischen Freiwilligen wird auf etwa 16000 geschätzt. Fünfhundert Werber, meist ehemalige Soldaten, sind in den letzten Monaten für die Ulsteraner im Lande tätig gewesen, und ihre Erfolge werden von den Unionisten als über Erwarten gut bezeichnet. Liverpool und Glasgow allein stellten nicht weniger als 4000 Mann, London selbst soll ein nicht unbeträchtliches Kontingent gestellt haben. Die englische Abteilung der Liga will keine Abteilung der Ulsterarmee bilden, sondern nur im äußersten Falle der Not als Verstärkung eingreifen. Jedem Mann, der sich zum Beitritt in diese Liga verpflichtet, wird im gegebenen Falle freie Fahrt nach Irland zugesagt.

Italien.

* **Ueberfall eines Proviantzuges in Tripolis.** Ein Telegramm meldet aus Benghasi, 24. April. Aus Slonta wird gemeldet: Ein Proviantzug für den Posten Maraua, der am 21. d. M. von Slonta aufgebrochen war, wurde in der Gegend von Birgandul von über 400 Bewaffneten aus dem Hinterhalt angegriffen. Die Eskorte leistete tapferen Widerstand, ging zweimal zum Gegenangriff gegen die Rebellen vor und verschanzte sich dann in guter Stellung. Die Verwundeten und der Proviantzug wurden in Sicherheit gebracht. Der Kampf dauerte auch während der Nacht fort. Am nächsten Morgen kamen italienische Verstärkungen aus Slonta und Maraua an. Der Feind, der bereits sehr starke Verluste erlitten hatte, wurde von den Verstärkungen in der Flanke angegriffen und in überstürzte Flucht geschlagen. Er ließ auf dem Schlachtfelde etwa 100 Tote, darunter zwei Führer, zurück. Außerdem hatte er eine sehr große Zahl Verwundete. Auf Seiten der Italiener wurden 13 Weiße und drei Eritreer getötet, 29 Weiße und 6 Eritreer verwundet.

Rußland.

* **Eine Getreidebank.** Drahtlich wird aus Petersburg, 24. April, gemeldet: „Birschewija Wedomosti" behaupten, daß außer 10000 Getreideelevatoren noch die Errichtung einer besonderen Getreidebank, die die Realisierung der Getreideernten übernehmen soll, geplant wird. Außer der Reichsbank sollen noch zwei Privatbanken zur Organisation der Getreidebank herangezogen werden.

Türkei.

* **Zurückweisung des griechischen Vorschlags.** Aus Konstantinopel wird gedrahtet. In informierten griechischen diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Pforte den Vorschlag Griechenlands bezüglich der Regelung der Inselfrage als unzureichend zurückgewiesen hat. Der Vorschlag soll darin bestehen, den türkischen Konsuln auf den Inseln oder Spezialkommissaren Vollmachten zu erteilen, die es ihnen gestatten, darüber zu wachen, daß ein Schmuggel nicht stattfindet und die Inseln nicht befestigt werden. Die Türkei will jetzt auf dem ersten Plan beharren, Chios und Mytilene gegen die zwölf Inseln auszutauschen, wobei Griechenland außerdem gewisse Vergünstigungen für seinen Handel als Kompensation erhalten soll.

Vereinigte Staaten.

* **Der Bergarbeiterstreik in Colorado.** Aus New York meldet uns ein Drahtbericht: 80 Personen, die sich vor den Streikenden in die Gruben geflüchtet haben, sind dort dem Erstickungstod nahe. Nach den letzten Meldungen sind allein 35 Personen im brennenden Schachthaus der Empirezeche, 30 in der brennenden Grube der Southwestzeche in Agnilar eingeschlossen. Gouverneur Fitzgerald wird heute im Streikrevier erwartet. Da gegen ihn der Hauptha der Ausständigen sich richtet, wird befürchtet, daß seine Ankunft das Zeichen zu sehr blutigen Kämpfen geben wird. In den letzten 5 Tagen wurden über 100 Personen Opfer der Streikkämpfe.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

77. öffentliche Sitzung.

Sitzungsbericht.

P. **Dresden,** 24. April.

Präsident Dr. **Vogel** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Am Regierungstische die Minister Dr. Beck, Graf Vitzthum v. Eckstädt und v. Seydewitz mit Kommissaren.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. **Hettner** (Natl.) als Vorsitzender der Beschwerde- und Petitionsdeputation, die Deputation habe den Antrag Schmidt-Freiberg auf Erlaß eines Schichtverbotes und die dazu vorliegende Petition noch nicht in Behandlung nehmen können, da ihr ein Schreiben des Ministeriums des Innern vom 9. April zugegangen sei, wonach das Landesgesundheitsamt mit Ausarbeitung eines neuen Gutachtens beauftragt worden sei, was aber noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde. Die Deputation glaube vor Eingang dieses Gutachtens der Kammer keinen Antrag unterbreiten zu sollen.

Es soll dann die Abstimmung erfolgen über die

Verweisung

der Dekrete 27 und 35 an eine Deputation.

Präsident Dr. **Vogel** teilt mit, das Direktorium sei sich darüber einig, daß die Abstimmung vom Mittwoch über die wasserrechtlichen Anträge Opitz und Rückert endgültig gewesen sei, daß diese also zu Recht an die Beschwerde- und Petitionsdeputation verwiesen worden seien. Die Kammer ist damit einverstanden.

Ueber die Verweisung der Dekrete Nr. 27 und 35 entspinnt sich eine

Geschäftsordnungsdebatte,

deren Kern die Frage ist, ob es sich bei den beiden Dekreten um finanzielle oder allgemein rechtliche Angelegenheiten handelt. Die Konservativen betrachten sie als Finanzsachen, die anderen Parteien sind dagegen und erklären, die Abstimmung vom Mittwoch sei endgültig gewesen, da kein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorgekommen sei.

Es beteiligen sich an der Debatte die Abg. Dr. **Hähnel** (Kons.), **Fleißner** (Soz.), **Günther** (Fortschr.), **Hettner** (Natl.), Dr. **Schanz** (Kons.), **Rentsch** (Kons.), Dr. **Böhme** (Kons.).

Finanzminister **v. Seydewitz** erklärt auf eine Frage des Vorredners, welche Stellung die Regierung dazu nehme, daß diese die Entscheidung der Kammer überlasse. Angesichts der großen Beträge, um die es sich bei Dekret 35 handle, sei sie allerdings der Ansicht, daß dies ein Finanzdekret sei.

In der weiteren Geschäftsordnungsdebatte sprechen noch die Abgg. **Sindermann** (Soz.), **Günther** (Fortsch.), Dr. **Hähnel** (Kons.), Dr. **Roth** (Fortschr.), Dr. **Böhme** (Kons.), **Hettner** (Natl.), **Anders** (Natl.), **Schmidt-Freiberg** (Kons.).

Präsident Dr. **Vogel** schlägt vor, das Dekret Nr. 35, weil es wesentlich finanziellen Inhalts sei, der Finanzdeputation A zu überweisen, dagegen Dekret Nr. 37 mit den dazu gehörigen Petitionen der Beschwerde- und Petitionsdeputation. Er bitte, die geschäftlichen Angelegenheiten doch rein nach geschäftlichen Gesichtspunkten zu erledigen und ihre Behandlung nicht mit politischen Gesichtspunkten zu verquicken.

Abg. **Opitz** (Kons.) schlägt vor, beide Dekrete an beide Deputationen (Finanzdeputation A und Beschwerde- und Petitionsdeputation) zu überweisen.

In der Abstimmung wird gegen 23 konservative Stimmen beschlossen, das Dekret Nr. 27 der Beschwerde- und Petitionsdeputation zu überweisen.

Mit 47 nationalliberalen, fortschrittlichen und sozialdemokratischen Stimmen wird alsdann die Verweisung des Dekrets Nr. 35 an die Finanzdeputation A abgelehnt. Für die Verweisung stimmen die Konservativen und von den Nationalliberalen die Abgg. Dr. Steche, Dr. Löbner und Bauer.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird ein Antrag Günther, das Dekret 35 der Beschwerde- und Petitionsdeputation im Einvernehmen mit der Finanzdeputation A zu überweisen, wird gegen die Stimmen der Konservativen und des Abg. Bleyer angenommen.

Da aber die Minorität mehr als 10 Stimmen beträgt, so läßt der Präsident auch noch über den Antrag Opitz abstimmen. Dieser Antrag wird mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt.

Um 11 Uhr tritt man endlich in die Tagesordnung ein.

Abg. Dr. **Hähnel** beantragt für die Finanzdeputation A, die Kap. 102 und 103,

Ministerium des Auswärtigen und Gesandtschaften,

nach der Vorlage zu bewilligen.

Abg. **Günther** (Fortschr.): Seine Freunde hätten zunächst erwogen, die Gesandtschaften in München und Wien abzulehnen und nur mit Bezug auf Berlin eine Ausnahme zu machen. Sie seien aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß im finanztechnischen Interesse die Gesandtschaften ganz zu streichen seien. Gesandtschaften im Innern des Reiches zu unterhalten, sei nicht mehr angebracht. Man müsse Zweifel hegen, ob sich genug Beschäftigung für die Gesandten finde. Der Minister des Aeußern habe in der Deputation diese Bedenken zurückgewiesen, aber seine (Redners) Freunde nicht überzeugen können. Sie würden daher gegen die Gesandtschaften stimmen.

Abg. **Sindermann** (Soz.): Seine Fraktion sei gegen das Ministerium des Aeußern und die Gesandtschaften. Sie sei der Ansicht, daß alle auswärtigen Angelegenheiten durch das Reich zu erledigen seien, und daß der Bundesrat die komperente Stelle dazu sei. Das Geld für das Ministerium des Auswärtigen und die Gesandtschaften könnte besser für die Arbeitslosenversicherung verwendet werden.

Minister Graf **Vitzthum v. Eckstädt** bezieht sich auf seine früheren Ausführungen im Landtage von 1912 und erklärt, die Aufrechterhaltung der Ge-

Schweiz. Landesausstellung Bern 1914
15. Mai – 15. Okt.
Ein harmonisches Bild der gesamten wirtschaftlichen, künstlerischen und sozialen Tätigkeit des Schweizer Volkes. — 500 000 □m im Angesicht der Schneeriesen des Berner Oberlandes.